CISG-online 5468	
Jurisdiction	Germany
Tribunal	Oberlandesgericht Bremen (Court of Appeal Bremen)
Date of the decision	08 February 2019
Case no./docket no.	2 U 37/17
Case name	<i>Ground mace case</i>

Gründe:

I.

Die Klägerin begehrt von den Beklagten aus übergegangenem Recht Ersatz für vermeintlich geleistete Schadensersatzzahlungen in Höhe von 105.948,40 €, die die Versicherungsnehmerin der Klägerin Dritten infolge Lieferung einer Charge angeblich verunreinigter gemahlener Macisblüte zu leisten hatte. Die Beklagte zu 1), die in den Niederlanden ansässige Lieferantin des Gewürzes an die Versicherungsnehmerin der Klägerin, hat neben Einwänden in der Sache die Einrede der Schiedsabrede erhoben. Die Beklagte zu 2), die Herstellerin der Gewürzkomponente mit Sitz in Belgien, hat die Auffassung vertreten, das Landgericht Bremen sei international unzuständig. Außerdem komme ihre Haftung nicht in Betracht, weil ein Produktfehler nicht vorliege.

1

Wegen der Einzelheiten des Sach- und Streitstandes 1. Instanz wird auf das Teilversäumnisurteil des Landgerichts Bremen vom 9.2.2016 und den Tatbestand des mit der Berufung angegriffenen Urteils verwiesen.

2

Das Landgericht Bremen, 1. Kammer für Handelssachen, hat mit Urteil vom 21.3.2017 unter Aufhebung des gegen die Beklagte zu 1) ergangenen Teilversäumnisurteils vom 9.2.2016 die Klage gegen beide Beklagte abgewiesen.

3

Zur Begründung hat es ausgeführt, die Klage gegen die Beklagte zu 1) sei gemäß § 1032 ZPO unzulässig, weil die Beklagte zu 1) mit der Klägerin eine wirksame Schiedsvereinbarung geschlossen habe, auf die sie sich berufe. Die Schiedsklausel in Art. 16 der Allgemeinen Verkaufsbedingungen der Nederlandse Vereniging voor de Specerijhandel (im Folgenden: NVS-Bedingungen) sei wirksam in die Kaufverträge einbezogen worden, was im Einzelnen begründet wird.

4

Für die Klage gegen die Beklagte zu 2) sei das Landgericht Bremen zuständig. Die Klage sei jedoch unbegründet, weil die Glutengehaltigkeit von normalen Lebensmitteln kein Produktfehler im Sinne der einzig in Betracht kommenden Produzentenhaftung sei, was ebenfalls näher begründet wird.

5

Auf die Entscheidungsgründe wird ergänzend verwiesen.

Gegen dieses Urteil wendet sich die Klägerin mit ihrer rechtzeitig eingelegten und rechtzeitig begründeten Berufung.

6

Die Klägerin hält in Bezug auf die Berufung gegen die Beklagte zu 1) ihren Rechtsstandpunkt hinsichtlich der aus ihrer Sicht aus mehrfachen Gründen nicht wirksam einbezogenen Schiedsklausel aufrecht und rügt die Feststellung des Landgerichts, nach der «die» Bestätigungsschreiben von der Versicherungsnehmerin der Klägerin unterzeichnet worden seien. Tatsächlich – und unstreitig – sei aber nur das letzte Schreiben vom 25.6.2012, das eine spätere in den beanstandeten Gewürzmischungen nicht verarbeitete Charge betroffen habe, unterschrieben worden. Bei richtiger Rechtsanwendung habe das Landgericht vielmehr den Ausnahmecharakter des Schreibens vom 25.6.2012 zugrunde legen müssen, das für die anderen Lieferungen gerade keine Geltung beanspruche. Es habe daher kein «Wechseln» von Schriftstücken betreffend die streitgegenständliche Charge gegeben. **7**

Eine wirksame Einbeziehung der N.V.S.-Bedingungen liege aber auch deshalb nicht vor, weil diese als AGB im grenzüberschreitenden Verkehr dem Vertragspartner zur Kenntnis hätten gebracht werden müssen. **8**

Das Landgericht habe zulasten der Klägerin den Meistbegünstigungsgrundsatz des Art. VII UNÜ angewendet, obwohl die Beklagte zu 1) sich darauf niemals berufen habe. Die Beklagte zu 1) habe nicht behauptet, dass das dann maßgebliche niederländische Recht liberalere Formvorschriften habe. Zur Einbeziehung einer in den Geschäftsbedingungen enthaltenen Schiedsklausel bedürfe es nach niederländischem Recht eines ausdrücklichen Hinweises auf die Schiedsvereinbarung. **9**

Selbst bei Anwendbarkeit des § 1031 ZPO reiche der Verweis auf das AGB-Werk des niederländischen Verbandes ohne Verweis auf die darin auch nur in Bezug genommene Schiedsabrede nicht aus. Weiter sei nicht berücksichtigt, dass die Schiedsklausel der Versicherungsnehmerin weder in deutscher noch in englischer Sprache zur Kenntnis gebracht worden sei. **10**

Rechtsfehlerhaft habe das Landgericht schließlich ein eindeutiges Rangverhältnis zwischen den in der Fußzeile ihrer Schreiben genannten AGB und den N.V.S-Bedingungen angenommen, die sich gerade widersprüchen. Außerdem werde auch in den Rechnungen der Beklagten zu 1) auf die AGB, nicht aber auf die N.V.S-Bedingungen Bezug genommen. Die AGB seien der Versicherungsnehmerin der Klägerin allerdings – unstreitig –, ebenfalls nicht wie im grenzüberschreitenden Verkehr erforderlich, zur Kenntnis gegeben worden, weshalb sie ebenfalls nicht wirksam einbezogen worden seien. **11**

In Bezug auf die Berufung gegen die Beklagte zu 2) rügt die Klägerin, dass das Landgericht ihren Vortrag, wonach die per se glutenfreie Macisblüte stets ohne jegliche Verwendung von Gluten hergestellt werde und lediglich Kreuzkontaminationen vorkommen könnten und dürften, nicht beachtet habe. **12**

Die Klägerin beantragt, **13**
unter Abänderung des Urteils des Landgerichts vom 21.03.2017,

1. das Teil-Versäumnisurteil des Landgerichts Bremen vom 09.02.2016 aufrechtzuerhalten,

2. die Beklagte zu 1) neben der Beklagten zu 2) als Gesamtschuldner zu verurteilen, an die Klägerin 5.576,18 € nebst Zinsen in Höhe von 8 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu zahlen,
3. die Beklagte zu 2) neben der Beklagten zu 1) als Gesamtschuldner zu verurteilen, an die Klägerin 105.948,40 € nebst Zinsen in Höhe von 8 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu zahlen,

hilfsweise beantragt sie,

den Rechtsstreit an das Landgericht zurückzuverweisen.

Die Beklagten beantragen unter Verteidigung des Urteils,
die Berufung zurückzuweisen.

14

Die Beklagte zu 1) hält neben ihren Einwänden in der Sache insbesondere ihre Rechtsauffassung zur Frage der wirksamen Einbeziehung der NVS-Bedingungen in den mit der Versicherungsnehmerin der Klägerin geschlossenen Vertrag aufrecht.

15

Soweit zunächst zu ermitteln sei, welches Recht nach den Regeln des IPR überhaupt für die materiell-rechtliche Prüfung heranzuziehen sei, führe dies – ggf. i.V.m. Art. 10 Abs. 1 Rom I-VO – vorliegend zum niederländischen Recht ohne das CISG, weil nach Art. 17 der nach übereinstimmendem Willen der Parteien einbezogenen NVS-Bedingungen das CISG ausgeschlossen sei.

16

Auch in dem dem Beschluss des OLG Hamburg vom 19.12.2012 (6 Sch 18/12, BeckRS 2014, 06734 = IHR 2014, 12 ff.) zugrunde liegenden Fall hätten die in Bezug genommenen Branchen-AGB zugleich eine Rechtswahl zugunsten des deutschen Rechts unter ausdrücklichem Ausschluss des CISG enthalten. Die Frage, ob die Branchen-AGB überhaupt einbezogen waren, sei deshalb zutreffend allein nach deutschem Recht ohne Rückgriff auf die Bestimmungen des CISG zu beurteilen gewesen.

17

Dies sei auch kein Widerspruch zur Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 31.10.2001 (NJW 2002, 370), weil die dortigen AGB keine Rechtswahl unter Ausschluss des CISG enthalten hätten. Außerdem gehe es im vorliegenden Fall nicht um die widerspruchslose Hinnahme von «hauseigenen» AGB des Verwenders, sondern um eine ausdrückliche Vereinbarung von Branchenbedingungen. In diesem Sinne habe auch das OLG Stuttgart in seinem Beschluss vom 21.12.2015 (1 SchH 1/15 – BeckRS 2016, 16830) klargestellt, dass die Überlegungen des BGH in Bezug auf das Übermittlungserfordernis bzw. dessen Reichweite dahinstehen könnten, wenn sich die Parteien in ihren Vertragserklärungen ausdrücklich über die Geltung der AGB geeinigt hätten. Selbst nach Maßgabe des Art. 8 CISG wären die NVS-Bedingungen vorliegend wirksam in das Vertragsverhältnis einbezogen.

18

Gewürzhandel sei zudem seit Jahrhunderten seiner Natur nach ein internationales Geschäft. Auch die Waren-Vereins-Bedingungen der Hamburger Börse e.V. enthielten u.a. einen Ausschluss der Anwendbarkeit des CISG sowie die Vereinbarung der Streitentscheidung durch ein

19

Schiedsgericht, was die Branchenüblichkeit derartiger Bedingungen im Gewürzhandel unterstreiche. Die Verwendung von Branchenbedingungen, die Schiedsklauseln enthielten, sei im grenzüberschreitenden Gewürzhandel auch in Bezug auf die Niederlande üblich.

Zur Ergänzung des Parteivorbringens im Berufungsrechtszug wird auf die Schriftsätze der Klägerin vom 26.6.2017, 21.9.2017, 19.10.2017 und vom 31.1.2018 auf die Schriftsätze der Beklagten zu 1) vom 8.8.2017, 6.10.2017, 24.7.2018 und vom 17.1.2018 sowie auf die Schriftsätze der Beklagten zu 2) vom 7.7.2017, 10.7.2017, 22.1.2018, 23.2.2018 und vom 30.8.2018 Bezug genommen.

II.

Die Berufung der Klägerin ist statthaft (§ 511 ZPO) und auch im Übrigen zulässig, insbesondere in der gesetzlichen Form und Frist eingelegt und begründet worden (§§ 517, 519, 520 ZPO).

Die Berufung ist auch insoweit erfolgreich, als sie zur Aufhebung des landgerichtlichen Urteils vom 21.3.2017 und dem Hilfsantrag der Klägerin entsprechend zur Zurückverweisung an das Landgericht gemäß § 538 Abs. 2 Nr. 3 ZPO führt.

Die Klage gegen die Beklagte zu 1) ist zulässig. Die von der Beklagten zu 1) geltend gemachte Einrede der Schiedsabrede steht ihrer Zulässigkeit nicht entgegen (1.a). Das Landgericht Bremen ist als deutsches Gericht für die Entscheidung des Rechtsstreits international und örtlich zuständig (1.b).

An einer Entscheidung über die gegen die Klagabweisung gegen die Beklagte zu 2) gerichtete Berufung vor sachlicher Entscheidung über die gegen die Beklagte zu 1) gerichtete Klage sieht der Senat sich aus prozessualen Gründen gehindert. Das landgerichtliche Urteil ist deshalb insgesamt aufzuheben und der gesamte Rechtsstreit an das Landgericht zurückzuverweisen (2.).

1.

a)

Die von der Beklagten erhobene Einrede der Schiedsvereinbarung ist unbegründet. Die in Art. 16 der NVS-Bedingungen enthaltene Schiedsklausel ist nicht wirksamer Bestandteil des Vertragsverhältnisses zwischen der Versicherungsnehmerin der Klägerin und der Beklagten zu 1) geworden.

Die Voraussetzungen des Art. II Abs. 2 des UN-Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche v. 10.6.1958 (UNÜ) liegen nicht vor:

Danach ist unter einer «schriftlichen Vereinbarung» i.S.d. Art. II Abs. 1 UNÜ eine Schiedsklausel zu verstehen, sofern der Vertrag oder die Schiedsabrede von den Parteien unterzeichnet oder in Briefen oder Telegrammen enthalten ist, die sie gewechselt haben. Die Form des Art. II Abs. 2 UNÜ kann auch dadurch gewahrt werden, dass nur ein einziges Dokument zwischen den Parteien ausgetauscht wird, indem z.B. ein nicht unterschriebenes Vertragsangebot oder

Bestätigungsschreiben vom Empfänger unterzeichnet und zurückgeschickt wird (Staudinger/*Rainer Hausmann* [2011] Internationale Zuständigkeit für Vertragsklagen; Gerichtsstands- und Schiedsvereinbarungen Rz. 368 m.w.N.).

Vorliegend fehlt es aber bereits an dem Austausch eines die hier streitige Lieferung (Verkaufskontakt S-210553 vom 23.5.2012) betreffenden Dokuments, weil der einzige von der Käuferin unterzeichnete und der Beklagten zu 1) zurückgesandte Verkaufskontakt (S-2120654 vom 25.6.2012, Bl. 130 d.A.) unstreitig eine andere Charge betraf und die Unterzeichnung und Rücksendung des Schriftstückes erst zu einem Zeitpunkt erfolgte, zu dem der vorherige Kontakt bereits abgewickelt gewesen war.

28

Trotz der Nichteinhaltung der Form des Art. II UNÜ kann die Schiedsvereinbarung allerdings über den Meistbegünstigungsgrundsatz des Art. VII UNÜ formwirksam sein, wenn das auf die Schiedsvereinbarung anwendbare Recht geringere Formanforderungen stellt und diese erfüllt sind. Zustandekommen und Wirksamkeit einer Schiedsvereinbarung bemessen sich im Kollisionsfall nach den Regeln des deutschen internationalen Privatrechts (vgl. BGH NJW-RR 2011, 548 Rz. 29 f.). Zutreffend ist das Landgericht von der Anwendbarkeit des § 1031 ZPO ausgegangen.

29

Gemäß deren Art. 1 Abs. 2 lit. e) findet die Rom I VO auf Schiedsvereinbarungen keine Anwendung. Gemäß § 11 Abs. 2 EGBGB ist bei Distanzgeschäften der Vertrag u.a. dann formgültig, wenn er die Formvorschriften des Rechts einer der Staaten, in denen die Personen sich befinden, erfüllt. Die Versicherungsnehmerin der Klägerin hatte ihren Sitz im Zeitpunkt des Vertragsschlusses in Deutschland, so dass § 1031 ZPO Anwendung findet.

30

Nach § 1031 Abs. 3 ZPO kann eine Schiedsvereinbarung als Bestandteil wirksam in den Vertrag einbezogener Geschäftsbedingungen vereinbart werden.

31

Die Frage, ob die Voraussetzungen des § 1031 Abs. 2 und Abs. 3 ZPO erfüllt sind, beantworten jedoch nicht die Formvorschriften des § 1031 ZPO selbst, sondern sie richtet sich nach dem materiellem Recht (OLG Düsseldorf, Bsl. v. 22.7.2014 – 4 Sch 8/13 –, juris; OLG Naumburg, Ur. v. 13.2.2013 – 12 U 153/12 –, juris).

32

Für die Beurteilung des Zustandekommens und der Wirksamkeit der in Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthaltenen Rechtswahlvereinbarung ist nach Art. 3 Abs. 5, Art. 10 Abs. 1 Rom I-VO grundsätzlich das Recht heranzuziehen, das nach der Klausel angewandt werden soll (Palandt/*Thorn*, 78. Aufl., Rom I, Art. 3 Rn. 9, Art. 10 Rn. 2, 3; BGH NJW 1994, 262; BGH NJW-RR 2005, 1071 f.). Dies wäre vorliegend gemäß Art. 18 der NVS-Bedingungen das niederländische Recht.

33

Da die Bundesrepublik und die Niederlande Vertragsstaaten des CISG sind und die Parteien ihre Niederlassungen in diesen Ländern haben, ist allerdings der Anwendungsbereich des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Handel-kauf vom 11.4.1980 (CISG) eröffnet. Die Frage der Einbeziehung Allgemeiner Geschäftsbedingungen ist im Anwendungsbereich des hier individualvertraglich nicht ausgeschlossenen CISG nach herrschender Meinung, der der Senat sich anschließt, aber nicht anhand des Kollisionsrechts (Art. 10 Rom I-VO), sondern anhand des UN-Kaufrechts vorzunehmen. Erforderlich ist

34

danach grundsätzlich, dass der Verwender von AGB dem Erklärungsgegner deren Text übersenden oder anderweitig zugänglich machen muss, da es dem Grundsatz des guten Glaubens widerspricht, dem Empfänger eine Erkundigungspflicht hinsichtlich nicht übersandter AGB oder der Risiken unbekannter AGB aufzuerlegen. Nur so wird der Übermittler grundsätzlich seiner im UN-Kaufrecht erforderlichen Kenntnisverschaffungsmöglichkeit gerecht (BGH, NJW 2002, 230; Staudinger/*Hausmann* [2016] Art. 10 Rom I-VO Rn. 7 m.w.N.; Anm. *Jaber* zu OLG Hamburg vom 19.12.2012 – 6 Sch 18/12, IHR 2014, 12/16; OLG Naumburg a.a.O.; OLG Düsseldorf a.a.O.).

Aus diesem Grunde folgt der Senat auch nicht der vom OLG Hamburg (IHR 2014, 12 ff.) für den dortigen Fall einer fraglichen Einbeziehung der Geschäftsbedingungen des Waren-Vereins der Hamburger Börse e.V. vertretenen Ansicht, wonach wegen des darin vorgesehenen Ausschlusses des UN-Kaufrechts im Wege der Anknüpfung an Art. 10 Abs. 1 Rom I-VO nach deshalb anzuwendendem deutschem Sachrecht es einer Übermittlung der AGB nicht bedurft habe.

35

Der Umstand, dass Art. 17 der NVS-Bedingungen, die unstreitig der Versicherungsnehmerin der Klägerin weder durch die Beklagte zu 1) übermittelt noch sonst zur Kenntnis gegeben worden sind, einen Ausschluss des UN-Kaufrechts vorsieht, steht dem Erfordernis einer Einbeziehung dieser AGB nach den Grundsätzen des CISG (Art. 7, 8, 14 ff.) daher nicht entgegen. Ist eine Ausschlussklausel in AGB enthalten, die nicht Vertragsbestandteil geworden sind, so bleibt sie ohne Wirkung (Staudinger/*Ulrich Magnus* [2013] Art. 6 CISG Rn. 18). Ob eine Ausschlussvereinbarung wirksam zustande gekommen ist, beurteilt sich nach den Grundsätzen des Abschlussteils der Konvention (Staudinger/*Magnus* [2018] Ar. 6 CISG § 6 Rn. 10).

36

Soweit die Beklagte zu 1) unter Verweis auf die Entscheidung des OLG Stuttgart vom 21.12.2015 (1 SchH 1/15 – BeckRS 2016, 16830) auf eine vermeintlich ausdrückliche Billigung der NVS-Bedingungen durch die Versicherungsnehmerin der Klägerin abstellt, vermag auch dies nach Ansicht des Senates eine anderweitige Beurteilung nicht zu rechtfertigen. Zum einen ist, wie bereits zur Frage des Zustandekommens einer Schiedsvereinbarung nach Art. II Abs. 2 UNÜ ausgeführt, der eine deutlich spätere Lieferung betreffende «Verkaufskontrakt» vom 25.6.2012 zu einem Zeitpunkt unterzeichnet worden als u.a. die zwischen den Parteien im Streit befindliche, zu einem früheren Zeitpunkt bestellte Charge längst geliefert und abgerechnet worden war. An einer ausdrücklichen Billigung im Zeitpunkt des Vertragsschlusses fehlt es bereits aus diesem Grunde. Zum anderen lag der Entscheidung des OLG Stuttgart ein anders gelagerter Sachverhalt zugrunde, in dem die dortige Käuferin in einer von ihr selbst verfassten Annahmeerklärung die Vereinbarung u.a. der AGB der Verkäuferin ausdrücklich bestätigte. Vorliegend ist demgegenüber nur ein von der Verkäuferin verfasstes Schriftstück, welches u.a. als «Kontraktbedingungen» die NVS-Bedingungen bezeichnete, von der Käuferin unterschrieben worden. Auf einen Willen der Versicherungsnehmerin der Klägerin, diese Bedingungen unabhängig von deren Inhalt und unter Verzicht auf jede Möglichkeit der Kenntnisnahme akzeptieren zu wollen, lässt derartiges Verhalten nicht schließen.

37

Schließlich vermag auch die Behauptung der Beklagten zu 1) zur Üblichkeit der Verwendung von Schiedsklauseln enthaltenden Branchenbedingungen im internationalen Gewürzhandel der von ihr erhobenen Schiedseinrede nicht zum Erfolg zu verhelfen. Der Umstand allein, dass

38

in derartigen Branchenbedingungen üblicherweise Schiedsklauseln vorgesehen sein mögen, führt für sich genommen nicht dazu, dass von der Einbeziehung dieser Bedingungen auch im grenzüberschreitenden Verkehr ausgegangen werden kann. Dass der Versicherungsnehmerin der Beklagten, die ihren Sitz in Deutschland hat, der Inhalt der niederländischen Branchenbedingungen bekannt gewesen wäre, behauptet die Klägerin nicht. Ebenso wenig ist vorgetragen oder sonst ersichtlich, dass der gesamte Inhalt dieser – niederländischen – Bedingungen einer Mehrheit der branchenabhängigen Kaufleute außerhalb der Niederlande bekannt ist bzw. im Jahre 2012 bekannt gewesen ist. Die Behauptung allein, dass im internationalen Gewürzhandel Branchenbedingungen Verwendung fänden, die auch Schiedsklauseln enthalten, führt daher nicht zu der Annahme einer zumutbaren Möglichkeit der Kenntnisnahme oder der Vermutung einer Kenntnis, die eine Übermittlung der Bedingungen entbehrlich machten. So führte auch der Umstand, dass üblicherweise in «hauseigenen» AGB von Kaufleuten beispielsweise Gerichtsstandsklauseln vorgesehen sind, nicht dazu, dass die bloße Bezugnahme auf diese AGB ohne deren Übermittlung im Anwendungsbereich des CISG für die Einbeziehung der AGB im Ganzen und damit auch der Gerichtsstandsklausel als ausreichend anzusehen wäre.

b)

Die internationale örtliche Zuständigkeit des Landgerichts Bremen ergibt sich aus Art. 7 Abs. 1 Nr. 1 b), Art. 66 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 (Brüssel Ia-VO). Maßgeblicher Erfüllungsort im Sinne dieser Vorschrift ist Bremerhaven als der Ort, an dem die Gewürze nach dem Vertrag geliefert worden sind. Auf diesen Gerichtsstand können sich Rechtsnachfolger auch auf der Klägerseite berufen (*Zöller/Geimer*, ZPO, 32. Aufl., Anh. I Art. 7 EuGVVO Rn. 6).

Eine Unzuständigkeit ergibt sich nicht aus Art. 16.2 der als Anlage B 1/3 vorgelegten, der Versicherungsnehmerin der Klägerin ebenfalls nicht übermittelten oder ihr sonst bekannt gewordenen AGB der Beklagten zu 1), die als hauseigene Geschäftsbedingungen aus den o.g. Gründen erst recht in das Vertragsverhältnis nicht wirksam einbezogen worden sind.

2.

Da die gegen die Beklagte zu 1) gerichtete Klage in der Sache nicht entscheidungsreif ist, macht der Senat von der Möglichkeit der Zurückverweisung an das Landgericht gemäß § 538 Abs. 2 Nr. 3 ZPO Gebrauch. Aus den den Parteien mit Beschluss vom 24.8.2018 mitgeteilten Gründen, auf die zur Vermeidung von Wiederholungen verwiesen wird, ist das Urteil des Landgerichts zur Vermeidung des Erlasses eines unzulässigen Teilurteils und zur Sicherstellung einer einheitlichen Entscheidung auch in Bezug auf die gegen die Beklagte zu 2) gerichtete Klage aufzuheben und die Sache auf den Antrag der Klägerin insgesamt an das Landgericht zurückzuverweisen.

Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit beruht auf § 708 Ziff. 10 ZPO.

Im Hinblick insbesondere auf die zur Frage der Einbeziehung von AGB bei in diesen vorgesehenem Ausschluss des CISG abweichende Entscheidung des OLG Hamburg lässt der Senat gemäß § 543 Abs. 2 Nr. 2 ZPO die Revision zu.

39

40

41

42

43